

Reichswart

GRAF E. REVENTLOW

Bezugs-Preise:

Inland: vierteljährlich, durch die Post 3,-, Km. durch Kreuzband 3,60 Km. Ausg. B monatlich 1,90m
Deutschösterreich monatlich 2 Schilling.

Ausland: Viertel. 1 Dollar.

Anzeigen-Preise:

für die 10gepalt. Millimeter-Zeile 15 Goldpfg., d. ganz Seite 600 Goldmark. Bei Tagesauftrag entsprechend. Aufschlag. Rabatt nach Tarif.

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend

Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 11, entgegen

Fernsprecher: Lühm 8082
Postfach-Konto Berlin 88714

Unverlangt Manuskript. ist Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 39

Berlin, den 24. Scheidings (September) 1927

8. Jahrgang

Inhalt: Eine neue Aera der Kriegsschuldfrage? — Marxismus — Materialismus. (Fortsetzung.) — Aus dem Leserkreise. — Der Kardinalfehler bei den „Aufwertungsgeheimen.“ (Fortsetzung.) — Alles für ihn. — Das Ethos der deutschen Jugendbewegung. — Amtsarzt und Rassenhygiene. (Fortsetzung.) — Aus der Bewegung.

Eine neue Aera der Kriegsschuldfrage?

Der Reichspräsident gab zur Tannenbergfeier die folgende Erklärung ab:

„Das Tannenberg-Nationaldenkmal gilt in erster Linie dem Gedächtnis derer, die für die Befreiung der Heimat gefallen sind. Ihr Andenken, aber auch die Ehre meiner noch lebenden Kameraden verpflichten mich dazu, in dieser Stunde und an dieser Stätte feierlich zu erklären: Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück! Nicht Neid, Haß oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Keinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen! In den zahllosen Gräbern, welche Zeichen deutschen Heldentums sind, ruhen ohne Unterschied Männer aller Parteilichungen. Sie waren damals einig in der Liebe und Treue zum gemeinsamen Vaterland. Darum möge an diesem Erinnerungsmale stets innerer Haß zerstreuen; es sei eine Stätte, an der sich alle die Hand reichen, welche die Liebe zum Vaterlande befeuert und denen die deutsche Ehre über alles geht. Mit diesem Wunsch öffne ich die Pforte zum Tannenberg-Nationaldenkmal!“

Der Reichspräsident hat kein Wort gesagt, was nicht richtig wäre und sachlich unbeanstandbar. Er hat diese Worte gesprochen bei der Einweihung des Denkmals für jenen großen Sieg, der uns im Osten Luft machte und Ostpreußen befreite. Auf das Gesamtergebnis des Krieges für Deutschland hat die Schlacht von Tannenberg keinen entscheidenden Einfluß üben können, dagegen bildet sie den ersten Schlag während des Krieges, der für den russischen Zusammenbruch entscheidend gewesen ist.

Der Reichspräsident sprach zur Ehre der lebenden Mitkämpfer und zum Gedächtnis der Toten. Diese Aufgabe war ihm geworden und sie legte ihm nach seinen Worten die Pflicht auf, die Anklage: Deutschland sei schuld an diesem Kriege, im Namen des deutschen Volkes zurückzuweisen. Weiterhin erklärt der Reichspräsident, ebenfalls im Namen Deutschlands, die Bereitschaft, die Kriegsschuld Deutschlands am Kriege jeder Zeit vor unparteiischen Richtern nachzuweisen.

Ueber die sachliche Zustimmung und ihre Selbstverständlichkeit braucht hier kein Wort gesagt zu werden. Wichtig ist die Frage, was die Ansprache des Reichspräsidenten politisch zu bedeuten hat. Sie erinnert an die Erklärungen des Kabinetts Marx nach der Annahme der Dawes-Gesetze und später, zu Locarno, vor Beginn der dortigen Verhandlungen. Jedes Mal handelte es sich um die Ablehnung der „moralischen Schuld“, und ebenso war jedes Mal ein starkes Drängen nach „Aufrollung der Schuldfrage“ aus den Kreisen der Deutschnationalen und der Mittelparteien hervorgegangen. Und ebenfalls jedes Mal waren die Erklärungen ohne irgendeine politische Wirkung geblieben. Auch hatten weder Marx noch Stresemann die Absicht, eine ernsthafte Anstrengung zu einer politischen Wirkung zu machen. Die Frage wirft sich auf, ob es dieses Mal anders ist, die Erklärung des Reichspräsidenten mehr bedeuten soll und bedeutet, als die bisherigen Erklärungen. Ohne weiteres ist zuzugaben, daß ein erheblicher Unterschied vorhanden ist. Es ist etwas anderes, ob zwei Parlamentsminister wie Stresemann und Marx, um einem Teil der Öffentlichkeit den Mund zu stopfen und sich parlamentarische Schwierigkeiten zu ebnen, die „moralische Schuld“ am Kriege für Deutschland ablehnen, während ihnen im Grunde dieser Vorwurf höchst gleichgültig ist, und das Drängen in einem großen Teil des Volkes nur als lästig und lächerlich erscheint, — es ist ein Unterschied, sagen wir zwischen dieser Parlamentstatistik, diesem Mißbrauch der Schuldfrage zur persönlichen Politik, und der Erklärung Hindenburgs. Hinter dieser steht der Reichspräsident und Reichherr und laudere Mensch mit seinem ganzen schweren Ernst. Was Hindenburg sagt und tut, das gilt vor ihm aus gesehen, wirklich nur dem großen Ganzen. Hintergedanken und Winkelzüge liegen diesem Manne ebenso fern wie Egoismus. Unpolitisch betrachtet ist also zum mindesten ein viel stärkerer Eindruck sicher, als bei den Parlamentstatistiken Stresemann und Marx, deren Aktion nur die deutsche Öffentlichkeit zu blenden hatte. Hindenburg geht auch über die Ablehnung der moralischen Schuld hinaus und erklärt, Deutschland sei bereit, die deutsche Nicht-

schuld vor unparteiischen Richtern nachzuweisen. Dieses Angebot wurde im Winter 1918/19 durch den damaligen Staatssekretär Graf Brodorsky-Rantau gemacht. Bleiben wir hier einen Augenblick stehen: Die Erneuerung dieses Angebotes an sich und allein wird nie zu einem Erfolge führen, denn die Weltmächte würden damit dem Versailler Frieden und den Dawes-Gesetzen usw. die vertragliche Basis entziehen. Den richtigen Weg haben wir seinerzeit im Sommer 1924 als Nationalsozialistische Freiheitsbewegung im Reichstag mit dem Antrag gewiesen: die deutsche Stellungnahme zu den Dawes-Gesetzen müsse von einer vorherigen unparteilichen Untersuchung der Schuldfrage abhängig gemacht werden. Damit hatte man ein Machtmittel, sogar ein sehr erhebliches, denn die Weltgeltmacht, außerdem die Regierung der Vereinigten Staaten und Großbritannien wollten und brauchten die Dawes-Gesetze. Als diese dann aber bewilligt waren, hatte Deutschland kein Zwangsmittel mehr. Der „Reichswart“ hat seit Jahren hervorgehoben, daß eine wirkliche Aufrollung der Schuldfrage eine politische Aktion ersten Ranges sein würde. Sie könne von Deutschland nur erzwungen werden durch eine tiefgehende Veränderung des politischen Kurses, im Inneren wie nach Außen. Die Rede des Präsidenten läßt nicht erkennen, daß er eine solche Absicht hätte. Im Gegenteil scheint die Wahl seiner Worte: Deutschland ist jeder Zeit bereit usw.“ zu beweisen, daß es sich lediglich um die Erklärung vom moralischen Gesichtspunkt handelt; daß man nicht erzwungen will, sondern nur die Bereitschaft zu einer unparteilichen Untersuchung bekundet, die freiwillig von den anderen Mächten nie auch nur zugelassen werden würde. Daß Hindenburg ohne Vereinbarung mit dem Kabinett und dessen Billigung diese Erklärung nicht gegeben haben würde, ist sicher. Auch Stresemann wird man befragen haben und dieser dürfte, wenn auch ohne Freude, seine Zustimmung gegeben haben. Das Zentrumsblatt „Germania“, das wohl damit die Stellung von Marx und der Parteileitung wiedergibt, meint: das Ausland habe keinen Grund zur Aufregung. Wie Poincaré und andere seit Jahren Deutschland als Schuldigen hinstellten, so habe auch Hindenburg das Recht, Beschuldigungen abzuwehren: „Wenn die Kriegsgegner so von der Gerechtigkeit ihrer Sache überzeugt sind, so mögen sie endlich auf den von Hindenburg wiederholten Vorschlag eingehen, den ganzen Fragenkomplex durch einen wirklich neutralen Gerichtshof untersuchen zu lassen. Die Ablehnung eines solchen Vorschlages spricht doch nicht gerade für ein reines Gewissen“. Das ist ganz gut und schön, bringt uns aber nicht weiter und geht um den Kernpunkt: den ursächlichen Zusammenhang der eigentlichen Schuldfrage und Schuldfrage mit Versailles, mit Dawes usw. vor sich herum. Das Zentrumsblatt sagt weiter, selbstverständlich sei das Kabinett über Hindenburgs Erklärung verständigt worden, aber eine große diplomatische Aktion sei schwerlich in Aussicht, denn dafür wäre die Zustimmung der ganzen Reichsregierung notwendig. So ungefähr werden die Dinge auch wohl liegen.

So bedauerlich es ist, muß ein Punkt der Erklärung des Reichspräsidenten als der Wirklichkeit nicht entsprechend hervorgehoben werden. Er sagt, das ganze deutsche Volk weise die Anklage der Schuld am Kriege einmütig zurück. Leider ist eben das nicht der Fall. Hätten wir diese Einmütigkeit in Deutschland, so würde es mit der Schuldfrage längst anders stehen, als es steht. Die sozialdemokratische Linke behandelt Hindenburgs Erklärung mit Mißbehagen und Ablehnung. Der „Vorwärts“ bestreitet sogar das „mit reinen Händen“ und spricht von den Greueln der Kriegsführung, von dem Durchzug durch Belgien und anderen Dingen, die mit der Frage überhaupt nichts zu tun haben. Wir dürfen hier nicht vergessen, daß der deutschen Sozialdemokratie die Schuld des verruchten alten Regimes am Kriege für die Zermürbungsarbeit während des Krieges ebenso nötig war, wie für die Rechtfertigung der Revolution nach dem Kriege. Der gesamten Sozialdemokratie ist die Erörterung der Schuldfrage ein Greuel, auch wegen der schönen Locarnopolitik, des Völkerebundes und der der „internationalen Stimmung“. Vertreter der anderen Mächte können Deutschland so viel verleumden wie sie wollen. — Deutschland hat zu schweigen und weiter demütig um gutes Wetter zu bitten. In den Augen der Sozialdemokratie ist Deutschland schuldig, zum mindesten „mitschuldige“. Dazu kommt die ganze gisige Rut gegen alle und alles, das für den nationalen Geist in irgendwelcher Form eintritt und ihn selbst beißt.

Sehr weit nach rechts hinüber reichen die Kreise, welche das Dogma von der „Nichtalleinschuld“ Deutschlands vertreten. Diese Nichtalleinschuld ist im Grunde eine Aus-

geburt der Feigheit, ein unwürdiges Kompromiß derer, welche von der Schuldlosigkeit Deutschlands eigentlich überzeugt sind, aber nicht wagen, das laut zu sagen aus innerpolitischen Gründen und gleichzeitig mit Rücksicht auf die lieben Feinde. Die Nichtalleinschuld wurde bereits im Winter 1918/19 für die Regierung vom Grafen Brodorsky Rantau den Feinden gegenüber betont. Clemenceau gab die Antwort: die Ententemächte seien nicht schuldig. Da die deutsche Regierung mit ihrer Formel der Nichtalleinschuld Deutschland einen Teil der Schuld zubilligte, die Ententemächte aber, wie gesagt, nicht schuldig seien, so bekenne die deutsche Regierung damit doch wieder die Alleinschuld Deutschlands. Nicht viel anders würden die Westmächte heute sprechen. Andererseits ist die Formel von der Nichtalleinschuld auch tatsächlich eine Unwahrheit und für eine wirkliche Aufrollung der ganzen Angelegenheit taktisch das Unglücklichste und Dürftigste, was sich denken läßt.

Die Linke, einschließlich der Demokratie und wohl noch erheblich weiter nach rechts benutzt die Erklärung Hindenburgs, um ihre alten unwahrhaftigen Reden über den Schuldbezug aufzuwärmen. Selbstverständlich kann hier unter Schuld nur die dolose Schuld verstanden werden, also die in irgendeiner Form feststellbare Absicht, den Krieg herbeizuführen. Da die Linke weiß, daß davon nicht die Rede ist, so hat sie eine Schuld der Fahrlässigkeit und der Unachtsamkeit erfunden. Danach müßte überhaupt Unfähigkeit bestraft werden, was freilich für die Sozialdemokratie eine böse Sache wäre, denn eine schlimmere Unfähigkeit als die der deutschen Sozialdemokratie in der Außenpolitik ist schwer vorstellbar. Wie die Massen in Deutschland nun einmal sind, begrüßen sie noch viel dümmere Erzählungen von der Kriegsschuld des Kaisers, der „Militärpartei, der Nationalisten und anderer ungezählter Popanz“.

Alles in allem ist nicht zu hoffen, daß die Erklärung Hindenburgs wesentliche politische Folgen haben werde. Zu hoffen bleibt, daß der Generalfeldmarschall und Reichspräsident mit seinen Worten wenigstens in der deutschen Bevölkerung den Boden zu bereiten geschloßen hat, damit eine weitere Aufklärung über die Schuldfrage nach allen ihren Seiten mit Erfolg einsehen kann. Das ist unsere Aufgabe, die Aufgabe aller Nationalisten. Und Hauptaufgabe dieser Aufklärung wiederum bleibt unablässige Betonung der unauflösbaren natürlichen Verbindung der Schuldfrage und der Schuldfrage mit der deutschen Außenpolitik. Nur durch diese ist die Aufrollung der Schuldfrage zu erzwingen. Es gibt aber viele in Deutschland, die sich mit der Frage auch einer moralischen Nichtalleinschuld dankbar zufrieden geben und ebenso dankbar und demütig die Ketten von Versailles, der Dawes-Gesetze und von Locarno weiterzuschleppen bereit sind. Wir machen hierauf besonders aufmerksam, denn die Tendenz geht offenbar dahin, moralischen Freispruch und dabei Fortsetzung der durch Stresemann getriebenen Außenpolitik der deutschen Bevölkerung zu etwas Selbstverständlichem zu machen.

Marxismus - Materialismus

(Fortsetzung)

Den Abschnitt dieser Betrachtung in Nr. 27 des „Reichswart“ schließen wir mit der Bemerkung: es sei folgerichtig, daß die russischen Praktiken und Taten es nicht einmal zu einer primitiven praktischen Ethik gebracht, und möglicherweise auch gar nicht den Willen dazu gehabt hätten. In der Tat gestaltet dieser träge und konsequente Materialismus keine wirkliche Ethik, denn der Schritt einer tiefer angelegten Natur von der Ethik zur Religion oder zum Gedanken an die Religion, dieser Schritt ist nicht weit, außerdem eine innerliche Notwendigkeit. Und wer ihn tut, der wird meist die innere Erfahrung machen, daß Ethik ohne religiöse Grundlage eben lediglich eine Sittenlehre ist, die das Zusammenleben der Menschen regeln soll, also letzten Endes eine Art Polizeimaßnahme auf dem Wege der Erziehung. Aber nicht einmal soweit hat man es in Sowjetrußland bringen wollen. Das zeigt am besten die völlige Mißachtung der Ehe und Familie mit allen den bekannten jüdischen Konsequenzen für das russische Volk und zwar nicht allein in den großen Städten. Die Sowjetmacht hat aber ihre Organe haben, wie an dieser Stelle häufig gesagt worden ist, im Grunde nur ein einziges Interesse, nämlich sich an der Macht zu halten. Es ist unendlich bezeichnend, nicht allein für diese Träger marxistischer Weltanschauung, sondern für den Marxismus schlechthin, daß die ersten Überzeugten sind, sich nur durch Erfüllung des Idealismus im Volke und durch Zerstörung der Familie halten zu können. Es ist bezeichnend, und dabei ganz folgerichtig, selbsterleuchtend geht man auch in der

Reichswartleser!

Deckt Euren Bücherbedarf durch die Buchverand: Ab-
teilung des „Reichswart“, Berlin SW 11, Bernburger
Straße 30 (Postfachkonto Berlin 88714). — Bei Vor-
einbindung portofrei, sonst gegen Nachnahme.

Aus der Bewegung

Eine Schule für Politik

Am Mittwoch, den 5. Oktober 1927, eröffnet Pa. Dr. Goebels in Berlin eine Schule für Politik. Die Vortragsabende sollen jeden

Wochentag stattfinden. Jeder Teilnehmer erhält eine Karte...
Wochentag, 5. Oktober: Redner: Dr. Goebels; Thema: Was ist Politik?

Gau Brandenburg

Ich bitte in sämtlichen Ortsgruppen S. U. Gruppen aufzubauen und mir geeignete S. U. Führer vorzuschlagen. Jeder S. U. Mann

Ortsgruppe Hamburg

Arbeitsplan für die Woche vom 26. September bis 1. Oktober.
Bezirksgruppe Bergedorf: Mittwoch, 23. September, Mittagsver

Gau Mecklenburg-Lübeck

Gauführer Tetschow-Gau Rügenburg-Island spricht am 20. Oktober in Travemünde, 21. Oktober in Lübeck, 22. Oktober in Bad

Freitag, Teilnahme am Gottesdienst, Messe von drei Stummrednern...
Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein

Ortsgruppe Altona: Sprechstunden des Ortsgruppenführers jeden Diensta

Gau Ruhr

Geschäftsstelle: Elberfeld, Alfentstraße 27, I. Etage.
Geschäftsstunden: Vormittags von 9-1 Uhr, nachmittags von 2-6 Uhr.

An alle Bezirks- und Ortsgruppenführer

In Ausführung der Volkswahlbestimmungen der Reichsparteileitung vom 1. September 1927 erlaube ich an:

Bekanntmachung

Am Sonntag, den 25. September 1927, findet in Hagen i. Westf. um 12 Uhr bei

Bekanntmachung

Am Sonntag, den 25. September 1927, findet in Hagen i. Westf. um 12 Uhr bei

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Bezirksleiter: (ges.) ...
Bezirksleiter: (ges.) ...

Spenden für den Kampfschatz werden auf das Postsch.-Kto. des Reichswart: Berlin 58714 erbeten

Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse von Erich Ludendorff

Das Programm der N. S. D. A. P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken. Von Dipl.-Ing. Gottfried Feder

NEU! NEU! Die überstaatlichen Mächte im letzten Jahre des Weltkrieges. Von General Ludendorff. 0.80 Mk.

Aus der Wertwelt der Freimaurer und Juden im Vorkriegsreich der Nachkriegszeit. Eine Studie von Dr. Friedrich Hergeth

Graf E. Reventlow Minister Stresemann als Staatsmann und Anwalt des Weltgewissens. 9. ungewandelte Auflage mit 4 Abbildungen. 70 Pf. geb. 3.20 Mk.

Im Banne des Films. Das Wesen und die Wirkungen des Lichtspiels. Von Dr. Hans Buchner. 70 Pf.

Einladung zur Zeichnung auf: Jakob Braßmann: Das Buch vom Kahl. 2 Bände.

Heinrich von Treitschke Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. In fünf Lexikondänden für nur 30 Mark.

Bestellungen auch gegen angemessene Monatsraten nimmt entgegen: Buchverlagsabteilung des Reichswart, Berlin SW 11, Bernburger Straße 30.